PRESSEspiegel

Nur zum internen Gebrauch – bitte keinesfalls weiterleiten!

BUND
FREUNDE DER ERDE

Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Dirk Jansen, 23-Sep-14

SPIEGEL ONLINE

22. September 2014, 16:52 Uhr

Forschungszentrum Jülich

BUND erwägt Klage gegen Atommüll-Export

DPA

Castor-Behälter im Forschungszentrum Jülich: "Fragwürdiges Export-Abenteuer"

Atommüll aus Jülich soll in die USA exportiert werden - so plant es die Bundesregierung. Umweltschützer halten dies für illegal. Der BUND droht nun sogar mit einer Klage.

Düsseldorf - Im Streit über den möglichen Transport von Atommüll aus Nordrhein-Westfalen in die USA erwägt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Klage. Die Pläne verstießen gegen deutsches und europäisches Atomrecht, sagte Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd am Montag in Düsseldorf. Der BUND hat dazu - wie bereits die Umweltschutzorganisation Greenpeace in der vergangenen Woche - ein Rechtsgutachten vorgelegt.

Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castor-Behältern aus dem schon 1988 abgeschalteten Atomversuchsreaktor Jülich in die USA. Umweltschützer befürchten, dass auch die 303 Castoren aus Ahaus in die USA verschifft werden sollen. Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, kündigte Harengerd an. "Das werden wir nicht auf sich beruhen lassen."

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

Umweltschützer fordern, ein modernes Zwischenlager zu errichten und den Atommüll in sicheren Materialien einzuschließen, statt über weite Strecken zu transportieren. Die nordrhein-westfälische Atomaufsicht hatte angeordnet, Jülich zu räumen, weil es als nicht erdbebensicher gilt. Bis Ende September soll das Forschungszentrum ein Konzept zur Entfernung der strahlenden Kernbrennstoffe vorlegen.

Die Forschungsminister von Bund und Land hatten bereits im vergangenen April mit dem US-Energieministerium eine Absichtserklärung über die Abnahme der Atomabfälle unterzeichnet. Die dort genannte Atomanlage Savannah River Site in South Carolina sei aber als Atommüll-Lager ungeeignet, unterstrich Tom Clements, Direktor der Nichtregierungsorganisation Savannah River Site Watch, die das Nuklearzentrum kritisch begleitet.

Schon die Lagerung des US-amerikanischen Atommülls dort sei nicht sachgerecht und werde Jahrzehnte dauern. Die Bevölkerung sei gegen weitere Belastungen. "Wir wollen keine internationale Atommüll-Deponie werden", sagte Clements. Für die USA gehe es nur um ein lukratives Geschäft, während sich Deutschland seiner ungelösten Endlagerprobleme entledigen wolle. "Ein solches Endlager existiert aber weltweit nicht - und damit auch in den USA nicht."

Fragwürdiges Export-Abenteur

Harengerd vom BUND wirft der rot-grünen Landesregierung vor, ihren Koalitionsvertrag zu brechen. Dort heißt es: "Wir wollen, dass die Castoren, vor allem die in Jülich lagernden, nur noch einmal transportiert werden - nämlich zu einem Endlager, wenn hierfür ein Standort gefunden ist."

Es stelle sich die Frage, ob die Grünen eigentlich über die Unterzeichnung der deutsch-amerikanischen Absichtserklärung informiert gewesen seien, sagte Harengerd. In den vergangenen Monaten habe es von den Grünen relativierende Formulierungen statt eines klaren Bekenntnisses zum Koalitionsvertrag gegeben. Auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) müsse zu ihrer Gesamtverantwortung stehen.

Der Dürener Grünen-Abgeordnete im Bundestag, Oliver Krischer, sprach von einem rechtlich höchst fragwürdigen Export-Abenteuer. In den Entwurf des Bundeshaushalts seien dafür bereits dreistellige Millionenbeträge eingestellt, teilte er mit.

Harengerd warf Bundes- und Landesregierung vor, die Jülicher Anlage vom Leistungs- zum Forschungsreaktor umzudeklarieren, um damit das Atomrecht zu umgehen und einen Transport in die USA zu ermöglichen. Das hatte auch Greenpeace kritisiert.

Unabhängig von einem Verstoß gegen deutsches und europäisches Atomrecht beim Verschieben des Mülls ins Ausland habe das Gutachten für den BUND ein weiteres Hindernis für einen Transport ergeben, berichtete Harengerd: Die Atomkugeln enthielten auch Graphit. Es gebe aber weltweit kein Verfahren, diesen hochporösen und stark kontaminierten Stoff abzutrennen. Damit sei eine schadlose Entsorgung im Sinne des Atomgesetzes nicht möglich.

nik/dpa

© SPIEGEL ONLINE 2014
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

DIE WELT

Diesen Artikel finden Sie online unter http://www.welt.de/132504862

22.09.14

NRW

BUND erwägt Klage wegen Atommülltransporten

Foto: dpa

Mit einer Projektion an den Atomreaktor im Forschungszentrum Jülich (Nordrhein-Westfalen) protestierten Greenpeace-Aktivisten gegen den geplanten Castortransport aus Jülich in die USA

In NRW sammelt sich Atommüll – sowohl im Forschungszentrum Jülich als auch im Zwischenlager in Ahaus. Sind die USA eine Lösung? Umweltschützer wollen den langen Atommülltransport stoppen. Von Bettina Grönewald

Im Streit um den möglichen Transport von Atommüll aus Nordrhein-Westfalen in die USA erwägt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Klage. Die Pläne verstießen gegen deutsches und europäisches Atomrecht, sagte Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd am Montag in Düsseldorf. Der BUND hat dazu – wie bereits die Umweltschutzorganisation Greenpeace (Link: http://www.welt.de/132371144) in der vergangenen Woche – ein Rechtsgutachten vorgelegt.

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castorbehältern aus dem schon 1988 abgeschalteten Atomversuchsreaktor Jülich in die USA. Umweltschützer befürchten, dass auch die 303 Castoren aus Ahaus in die USA verschifft werden sollen. Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, kündigte Harengerd an. "Das werden wir nicht auf sich beruhen lassen."

Umweltschützer fordern, ein modernes Zwischenlager zu errichten und den Atommüll in sicheren Materialien einzuschließen statt weiträumig zu transportieren. Die nordrhein-westfälische Atomaufsicht hatte angeordnet, Jülich zu räumen (Link: http://www.welt.de/114774743) , weil es nicht als erdbebensicher gilt. Bis Ende September soll das Forschungszentrum ein Konzept zur Entfernung der strahlenden Kernbrennstoffe vorlegen.

Die Forschungsminister von Bund und Land hatten bereits im vergangenen April mit dem US-Energieministerium eine Absichtserklärung über die Abnahme der Atomabfälle unterzeichnet. Die dort genannte Atomanlage Savannah River Site in South Carolina sei aber als Atommülllager ungeeignet, unterstrich Tom Clements, Direktor der Nichtregierungsorganisation Savannah River Site Watch, die das Nuklearzentrum kritisch begleitet.

"Ein Endlager existiert weltweit nicht"

Schon die Lagerung des US-amerikanischen Atommülls dort sei nicht sachgerecht und werde Jahrzehnte dauern. Die Bevölkerung sei gegen weitere Belastungen. "Wir wollen keine internationale Atommülldeponie werden", sagte Clements. Für die USA gehe es nur um ein lukratives Geschäft, während sich Deutschland seiner ungelösten Endlagerprobleme (Link: http://www.welt.de/131952643) entledigen wolle. "Ein solches Endlager existiert aber weltweit nicht – und damit auch in den USA nicht."

Harengerd warf der rot-grünen Landesregierung vor, ihren Koalitionsvertrag zu brechen. Dort heißt es: "Wir wollen, dass die Castoren, vor allem die in Jülich lagernden, nur noch einmal transportiert werden – nämlich zu einem Endlager, wenn hierfür ein Standort gefunden ist."

Es stelle sich die Frage, ob die Grünen eigentlich über die Unterzeichnung der deutsch-amerikanischen Absichtserklärung informiert gewesen seien, sagte Harengerd. In den vergangenen Monaten habe es von den Grünen relativierende Formulierungen statt eines klaren Bekenntnisses zum Koalitionsvertrag gegeben. Auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) müsse zu ihrer Gesamtverantwortung stehen.

"Rechtlich höchst fragwürdig"

Der Dürener Grünen-Abgeordnete im Bundestag, Oliver Krischer, sprach von einem rechtlich höchst fragwürdigen "Export-Abenteuer". In den Entwurf des Bundeshaushalts seien dafür bereits dreistelligen Millionenbeträge eingestellt, teilte er mit.

Harengerd warf Bundes- und Landesregierung vor, die Jülicher Anlage vom Leistungs- zum Forschungsreaktor umzudeklarieren, um damit das Atomrecht zu umgehen und einen Transport in die USA zu ermöglichen. Das hatte auch Greenpeace kritisiert.

Unabhängig von einem Verstoß gegen deutsches und europäisches Atomrecht beim Verschieben des Mülls ins Ausland habe das Gutachten für den BUND ein weiteres Hindernis für einen Transport ergeben, berichtete Harengerd: Die Atomkugeln enthielten auch Graphit. Es gebe aber weltweit kein Verfahren, diesen hochporösen und stark kontaminierten Stoff abzutrennen. Damit sei eine schadlose Entsorgung im Sinne des Atomgesetzes nicht möglich.

dpa
© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten

PRESSEspiegel
PRESSEspiegel

Jülicher Atommüll in die USA: Auch BUND erwägt Klage

Aachener Zeitung

Von: dpa
Letzte Aktualisierung: 22. September 2014, 15:32 Uhr

Teure Altlast: 450 Millionen Euro soll es kosten, den Jülicher Atommüll in die USA zu bringen. Von dort stammt der Kernbrennstoff. Foto: dpa

JÜLICH/DÜSSELDORF. Im Streit um den geplanten Atommülltransport aus Jülich in die USA erwägt der Bund für Umwelt und Naturschutz eine Klage. Das Vorhaben verstoße gegen deutsches und europäisches Atomrecht, sagte Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd am Montag in Düsseldorf.

MEHR ZUM THEMA

Atomtransport wird zur Forschungsfrage

Greenpeace: Jülicher Atommülltransport in die USA illegal

Erst Atommüll aus Jülich, dann aus Hamm-Uentrop in die USA?

Jülicher Castoren: Pläne in der Kritik

Jülicher Castoren: Geld für Lager in Savannah River?

Der BUND hat dazu ein Rechtsgutachten vorgelegt, so wie bereits die Umweltschutzorganisation Greenpeace in der vergangenen Woche.

Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castor-Behältern aus dem schon 1988 abgeschalteten Atomversuchsreaktor Jülich in die USA. Umweltschützer befürchten, dass auch die 303 Castoren aus Ahaus in die USA verschifft werden soll.

Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, kündigte Harengerd an. Die Umweltschützer fordern, stattdessen ein modernes Zwischenlager zu errichten und den Atommüll in sicheren Materialien einzuschließen.

Die nordrhein-westfälische Atomaufsicht hatte angeordnet, Jülich zu räumen, weil es nicht als erdbebensicher gilt. Bis Ende September soll das Forschungszentrum ein Konzept zur Entfernung der strahlenden Kernbrennstoffe vorlegen.

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

Kölner Stadt-Anzeiger

NRW - 22.09.2014

FORSCHUNGSREAKTOR

Proteste gegen Atommüll aus Jülich

Im Forschungszentrum Jülich lagern Castorenbehälter.
Foto: dpa

Von Hilmar Riemenschneider

Die Atomkugeln aus dem Forschungsreaktor Jülich waren schon häufig Anlass für politischen Streit. Jetzt sollen sie möglicherweise in die USA verschwinden. Umweltschützer wollen den langen Atommülltransport notfalls per Klage stoppen.

Die Pläne von Bund und Land, Brennelemente aus dem stillgelegten Jülicher Forschungsreaktor zurück in die USA zu transportieren, verstoßen nach Ansicht von Umweltschützern gegen deutsche und europäische Atomgesetze. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) kündigte am Montag in Düsseldorf mehrere Klagen vor Verwaltungsgerichten an, „falls die Politiker weiter mit dem Kopf durch die Wand wollen“, wie Michael Harengerd vom Landesvorstand betonte. Er stützte sich auf ein neues Rechtsgutachten, wonach die Brennelemente – es handelt sich um rund 300 000 Atomkugeln – auch in den USA nicht ohne große Umweltbelastungen aufgearbeitet werden können. Das im Atomgesetz vorgeschriebene Prinzip einer schadlosen Verwertung sei somit nicht erfüllbar. Nach Angaben des Ministeriums haben das US-Energieministerium und die Forschungsministerien von Bund und Land NRW in einer Absichtserklärung vereinbart, hochangereichertes Uran, das ursprünglich aus den USA kommt, wieder dorthin zurückzuführen. Insgesamt handelt es sich um 455 Atomkugel-Castoren, 152 lagern derzeit noch im Forschungszentrum Jülich, weitere 303 im Zwischenlager in Ahaus.

Dem Forschungszentrum Jülich bleibt noch bis zum Monatsende Zeit, ein Konzept für die Castorbehälter mit Brennelementen vorzulegen. Die aus Sicht der Landesregierung denkbar schlechteste Lösung wäre der Transport ins Zwischenlager nach Ahaus. Zumal es nicht dabei bliebe, vor einer Endlagerung müssten die Behälter nochmals behandelt werden. Rot-Grün will das unbedingt vermeiden, hat das sogar im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Diese Vereinbarung breche die Landesregierung, wenn sie den Export weiter verfolge, rügte Harengerd.

Der BUND fürchtet überdies, dass auch 303 Castorbehälter aus dem Zwischenlager Ahaus in die USA gebracht werden sollen, in denen ebenfalls Hunderttausende Atomkugeln lagern. Sie stammen aus dem 1989 nach nur kurzer Betriebsdauer endgültig abgeschalteten Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop. Offiziell werde deren Export bisher zwar immer ausgeschlossen, aber die vom US-Energieministerium beauftragte Umweltverträglichkeitsprüfung umfasse sämtliche Behälter mit den Atomkugeln.

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

xport in die USA wäre theoretisch möglich, weil die US-Regierung bemüht ist, waffenfähiges spaltbares Material unter Kontrolle zu bekommen. Allerdings habe auch die Aufbereitungsanlage Savannah River Site (SRS) im US-Bundesstaat South Carolina keinerlei Expertise, wie sie mit den Atomkugel umgehen müsse, warnte Tom Clement, Sprecher der regionalen Protestbewegung „SRS Watch“. Das US-Energieministerium wittere aber in dem Transport ein großes Geschäft. „Wir wollen aber keine internationale Atommüll-Deponie werden“, klagte Clement. Auch in den USA gebe es kein sicheres Endlager für radioaktive Abfälle.

„UNKALKULIERBARE RISIKEN“

Der Grünen-Fraktionsvize im Bundestag, Oliver Krischer, warnte vor unkalkulierbaren Risiken beim Transport der Castoren in die USA. Der koste zudem einen dreistelligen Millionenbetrag. In den USA erwarte man aus dem bereits per Absichtserklärung fixierten Deal bis zu einer Milliarde Dollar, betonte Krischer.

Artikel URL: http://www.ksta.de/nrw/forschungsreaktor-proteste-gegen-atommuell-aus-juelich,27916718,28483700.html

Copyright © 2014 Kölner Stadtanzeiger

Rheinische Post

MELDUNGEN

Naturschützer erwägen Klage wegen Atommüll

DÜSSELDORF (dpa) Im Streit um den möglichen Transport von Atommüll aus NRW in die USA erwägen die Naturschützer des BUND eine Klage. Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castor-Behältern aus dem stillgelegten Atomversuchsreaktor Jülich. Die Naturschützer befürchten, dass auch Atommüll aus Ahaus verschifft werden soll.

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

RuhrNachrichten.de

Aus Ahaus und Jülich in die USA

BUND würde gegen Atommüll-Transporte klagen

DÜSSELDORF Im Streit um den möglichen Transport von Atommüll aus Nordrhein-Westfalen in die USA erwägt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Klage.

Wohin mit dem Atommüll aus Ahaus und Jülich? Foto dpa

Die Pläne verstießen gegen deutsches und europäisches Atomrecht, sagte Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd am Montag in Düsseldorf.

Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castor-Behältern aus dem stillgelegten Atomversuchsreaktor Jülich in die USA. Umweltschützer befürchten, dass auch der Atommüll aus Ahaus in die USA verschifft werden soll.

Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, kündigte Harengerd an.

Die Behörden müssten auf den Export von Atommüll nach South Carolina verzichten, forderte der US-Umweltaktivist Tom Clements am Montag in Düsseldorf. Zahlreiche Bürger in den USA seien dagegen, dass ihre Heimat zu einer „nuklearen Müllkippe“ für Transporte aus Deutschland werde.

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

BUND bereitet Klage gegen Atomtransporte vor

Umweltschützer bereiten eine Klage gegen den geplanten Transport von Atommüll aus Nordrhein-Westfalen in die USA vor. Der Bund für Umwelt und Naturschutz will verhindern, dass 152 Castor-Behälter aus dem stillgelegten Versuchsreaktor Jülich per Schiff über den Atlantik transportiert werden. Möglicherweise soll auch Atommüll aus Ahaus nach South Carolina gebracht werden. Nach Ansicht mehrerer Umweltschutzverbände verstößt das gegen deutsches und europäisches Atomrecht. Sie wollen gemeinsam gegen den Transport klagen.

Stand: 22.09.2014, 14.06 Uhr

BUND will gegen Atommüll-Transporte aus Jülich in die USA klagen

Der Streit über Atommüll-Transporte aus dem Forschungszentrum Jülich bei Aachen ins Ausland könnte vor Gericht kommen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz hat eine Klage angekündigt. Aus der WDR-Nachrichtenredaktion - Peter Neuhaus: Der Widerstand gegen den möglichen Atommülltransport wächst. Falls der BUND vor Gericht zieht, will er sich mit anderen Atomkraft-Gegnern zusammentun. Auch Greenpeace hält es für illegal, den deutschen Atommüll ins Ausland zu bringen. Die Umweltorganisation hatte ein entsprechendes Gutachten vorgestellt. Sie warnte auch vor Sicherheitsrisiken, wenn das Material per Schiff transportiert wird. Bei dem Streit geht es um gut 150 Behälter mit Atommüll aus dem stillgelegten Forschungszentrum Jülich. Das Bundesforschungsministerium will ihn in den USA wiederaufbereiten lassen, in einer Anlage in South Carolina. Auch da gibt es Widerstand. Ein Umweltschützer sagte, viele US-Bürger seien dagegen, dass ihre Heimat zu einer nuklearen Müllkippe für Deutschland wird.

Stand: 22.09.2014, 15.16 Uhr

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

Wohin mit dem Atommüll aus Jülich?: Kein Ende im Streit um Atomkugeln

Von Rainer Striewski

Die Suche nach einer Lösung für die 152 Atommüll-Behälter aus dem ehemaligen Reaktor des Forschungszentrums Jülich geht weiter. Gegen einen Transport in die USA haben sich am Montag (22.09.2014) auch US-Organisationen und der BUND NRW ausgesprochen.

Werden Castorbehälter mit Jülicher Atomkugeln in die USA verschifft?

Für Michael Harengerd vom BUND NRW ist die Sache klar: Die 288.161 tennisballgroßen Atomkugeln, die derzeit noch in Jülich und Ahaus zwischengelagert werden, dürfen schon rein rechtlich nicht in die USA verschifft werden. Das gehe aus einem Rechtsgutachten der "Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik" hervor, dass der BUND NRW in Auftrag gegeben hatte. In dem Gutachten werde nachgewiesen, dass eine Verschiffung des radioaktiven Materials "keine schadlose Verwertung im Sinne des Atomgesetzes darstellt", erläuterte Michael Harengerd am Montag (22.09.2014) in Düsseldorf.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam bereits ein am Donnerstag (18.09.2014) vorgestelltes Gutachten der Umweltschutzorganisation Greenpeace. Demnach soll es sich in Jülich nicht wie in Deutschland offiziell deklariert um einen Forschungs-, sondern um einen Leistungsreaktor gehandelt haben. Und damit wäre eine Wiederaufarbeitung des Materials im Ausland gesetzlich verboten. Die hoch radiokativen Abfälle müssten in Deutschland entsorgt werden.

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

Absichtserklärung mit US-Energieministerium

Modell einer Brennelementkugel

Doch das Land NRW möchte die Kugeln lieber im Ausland entsorgen. Denn die Genehmigung für das Zwischenlager in Jülich ist ausgelaufen. Bis Ende September muss das Forschungszentrum ein Konzept vorlegen, wie und vor allem wohin die Kernbrennstoffe gebracht werden sollen. In einer Absichtserklärung haben das US-Energieministerium und die Forschungsministerien vom Bund und dem Land NRW Anfang April vereinbart, insgesamt 455 Atomkugel-Castoren aus dem Forschungszentrum Jülich und dem Zwischenlager Ahaus in die Vereinigten Staaten zu verschiffen. 152 Castoren lagern derzeit in Jülich, weitere 303 in Ahaus.

Video

- Wohin mit den Atomkugeln?: WESTPOL vom 21.09.2014 [Mediathek]

Eine mögliche Verschiffung in die USA wird nicht nur vom BUND NRW abgelehnt. Auch die Grünen sprechen sich gegen den Transport aus: "Es spricht im Moment eigentlich alles gegen diese USA-Variante", so der aus Düren stammende Grüne-Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer im Interview mit dem WDR-Politmagazin WESTPOL (21.09.2014). Auch die Kosten von über einer Milliarde Euro seien zu hoch, so Krischer.

Neues Zwischenlager in Jülich?

Hinzu kämen Sicherheitsbedenken, erläutert Sicherheitsexperte Rainer Moormann, der 35 Jahre lang am Forschungszentrum in Jülich beschäftigt war: "Der Müll würde in den USA in viel schlechtere Bedingungen überführt", warnte Moormann am Montag. Er fordert deshalb - ebenso wie der BUND NRW - neben einem Gesamtkonzept für die weitere Behandlung der Atomkugeln auch den Neubau eines sicheren Jülicher Zwischenlagers. "Der Müll kann so aufbereitet werden, dass er den Anforderungen eines Zwischenlagers entspricht", so Moormann. Und schließlich habe die rot-grüne Landesregierung im Koalitionsvertrag 2012 festgelegt, dass der Atommüll nur noch einmal - in ein Endlager - transportiert werden solle.

"Probleme nicht abschieben"

Mittlerweile regt sich auch in den USA Widerstand gegen eine mögliche Verschiffung der Atomkugeln zur Atomanlage Savannah River Site (SRS) in South Carolina. "Deutschland muss sich schon zu Hause um eine Atommülllagerung kümmern und die Probleme nicht auf uns abschieben", forderte Tom Clements von der US-Organisation "SRS Watch" am Montag in Düsseldorf. Die Atomanlage Savannah River Site sei kein Atommüllager oder gar eine Deponie - und damit gar nicht geeignet, so Clements weiter. Während die Atomlager-Betreiber in den USA auf kräftigen Profit hofften, wolle Deutschland sein "gravierendes Atommüllproblem" nur an ein anderes Land abschieben. Das provoziere eine rechtliche Auseinandersetzung, kündigte der US-Aktivist an. Und auch der BUND NRW schloss rechtliche Schritte nicht aus: Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, so BUND-Vorstandsmitglied Harengerd.

Stand: 22.09.2014, 13.58 Uhr

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

Westfälische Nachrichten

Di., 23.09.2014

Klage gegen Atomtransport

Umweltschützer: Auch Castoren aus Ahaus sollen in die USA

Das Modell einer Graphitkugel zeigt Rudolf Printz vom Forschungszentrum Jülich. *Foto: dpa*

Jülich/Ahaus - Die Pläne von Bund und Land, Brennelemente aus dem stillgelegten Jülicher Forschungsreaktor zurück in die USA zu transportieren, verstoßen nach Ansicht von Umweltschützern gegen deutsche und europäische Atomgesetze.

Von Hilmar Riemenschneider

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) kündigte am Montag in Düsseldorf Klagen vor Verwaltungsgerichten an, „falls die Politiker weiter mit dem Kopf durch die Wand wollen“, wie Michael Harengerd vom Landesvorstand betonte. Er stützte sich auf ein neues Rechtsgutachten, wonach die Brennelemente – es handelt sich um rund 300 000 sogenannte Atomkugeln – auch in den USA nicht ohne große Umweltbelastungen aufgearbeitet werden können. Das im Atomgesetz festgelegte Prinzip einer schadlosen Verwertung sei nicht erfüllbar.

Dem Forschungszentrum Jülich bleibt noch bis zum Monatsende Zeit, ein Konzept für die dort lagernden 152 Castorbehälter mit Brennelementen vorzulegen. Die Frist hat das NRW-

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

Wirtschaftsministerium als Aufsichtsbehörde gesetzt, als es im Juli die Räumung des bisherigen Zwischenlagers wegen fehlender Erdbebensicherheit anordnete. Die aus Sicht der Landesregierung schlechteste Lösung wäre der Transport ins Zwischenlager Ahaus. Rot-Grün will das unbedingt vermeiden.

Der BUND fürchtet hingegen, dass weitere 303 Castorbehälter aus Ahaus in die USA gebracht werden sollen, in denen ebenfalls Hunderttausende Atomkugeln aus dem 1989 abgeschalteten Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop lagern. Offiziell werde deren Export bisher zwar ausgeschlossen, aber die vom US-Energieministerium beauftragte Umweltverträglichkeitsprüfung umfasse sämtliche Behälter mit den Atomkugeln.

„Aus den Augen, aus dem Sinn, scheint das Prinzip zu sein“, kritisierte der Grünen-Fraktionsvize im Bundestag, Oliver Krischer. Der Castor-Transport in die USA koste einen dreistelligen Millionenbetrag. In den USA erwarte man aus dem per Absichtserklärung fixierten Deal eine Milliarde Dollar. Dafür habe die Bundesregierung schon Vorsorge im Haushaltsentwurf getroffen.

DEUTSCHLAND today

22.09.2014
Aktivisten: Export "rechtlich nicht möglich"

Widerstand gegen Castor-Transport aus Jülich in USA

Berlin (AFP) - Atomgegner machen weiter Front gegen einen möglichen Rücktransport abgebrannter Brennelementkugeln aus dem Versuchsreaktor Jülich in die USA. In Berlin demonstrierten Atomkraftgegner am Rande einer Sitzung der Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe gegen die Exportpläne. Der nordrhein-westfälische Landesverband der Umweltorganisation BUND legte in Düsseldorf ein Gutachten vor, wonach ein solcher Atommüll-Export einen Verstoß gegen geltendes Recht darstellen würde.

In Jülich lagernde Castor-Behälter © ***AFP***

Aktivisten der Anti-Atom-Initiative Ausgestrahlt forderten bei der Demonstration vor Beginn der Kommissionssitzung den Neubau einer stabileren Lagerhalle in Jülich anstelle eines Atommülltransports in die USA. "Den Atommüll in die USA zu schaffen, löst keines der Probleme, sondern verlagert sie nur zu anderen Betroffenen", kritisierte der Sprecher der Initiative, Jochen Stay. "Der Müll ist in Deutschland entstanden, also muss er auch hier bleiben. So sehen es das Atomgesetz und das Endlagersuchgesetz vor."

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

Der Vorsitzende der Deutschen Umweltstiftung, Jörg Sommer nannte einen möglichen Atommüllexport in die USA einen "eindeutigen Rechtsbruch". Die Wahrnehmung der nationalen Verantwortung für deutschen Atommüll sei eine wesentliche Arbeitsgrundlage der Kommission zur Suche nach einem Endlager. "Wir brauchen nicht über den Umgang mit dem Atommüll in Deutschland zu reden, wenn er gleichzeitig illegal ins Ausland verschoben wird", erklärte Sommer, der Mitglied der Endlagerkommission des Bundestages ist. "Mit diesem Vorhaben gefährdet die Bundesregierung die Arbeit der Kommission."
In den Jülicher Castor-Behältern lagern Brennelementekugeln des 1988 abgeschalteten Versuchsreaktors AVR. Das NRW-Wirtschaftsministerium als atomrechtliche Aufsichtsbehörde hatte Anfang Juli die Räumung des Zwischenlagers angeordnet. Zur Begründung verwies das Ministerium auf eine Mitteilung des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS), wonach Untersuchungen zur Erdbebensicherheit nicht abgeschlossen und Prognosen zum Abschluss des laufenden Genehmigungsverfahrens nicht möglich seien.

Das Forschungszentrum sowie der Bund und das Land NRW als dessen Gesellschafter prüfen derzeit mit dem US-Energieministerium, ob die Brennelemente aus dem Versuchsreaktor in die USA als Herkunftsland des Kernbrennstoffs zurücktransportiert werden sollen. Im April wurde eine gemeinsame Absichtserklärung zur Rücknahme der Brennelemente durch die USA unterzeichnet. Im Gespräch ist ein Transport des Atommülls in die Atomfabrik Savannah River Site im US-Bundesstaat South Carolina. Rechtlich wären solche Atommüll-Exporte zulässig, wenn es sich um Abfälle aus Forschungsreaktoren handelt. Kritiker vertreten allerdings die Auffassung, bei dem AVR-Hochtemperaturreaktor habe es sich um einen kommerziellen Leistungsreaktor gehandelt. Der Export von Atommüll aus kommerzieller Nutzung zur Wiederaufarbeitung ins Ausland ist aber verboten.
Der BUND Nordrhein-Westfalen vertrat unter Berufung auf das neue Rechtsgutachten die Auffassung, eine Abschiebung des Atommülls sei "unabhängig von der Reaktoreigenschaft rechtlich nicht möglich". "Eine solche Entsorgung stellt schon grundsätzlich keine schadlose Verwertung im Sinne des Atomgesetzes dar", erklärte das BUND-Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd in Düsseldorf.

Copyright © 2014 Deutschland Today / www.dtoday.de

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

europe online magazine

Naturschützer erwägen Klage wegen Atommüll-Transporten in die USA

Deutschland 22.09.2014

Von unserem dpa-Korrespondenten und Europe Online Teilen

Düsseldorf (dpa) - Im Streit um den geplanten Atommülltransport aus Nordrhein-Westfalen in die USA erwägt der Bund für Umwelt und Naturschutz eine Klage. Das Vorhaben verstoße gegen deutsches und europäisches Atomrecht, sagte Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd am Montag in Düsseldorf. Der BUND hat dazu ein Rechtsgutachten vorgelegt, so wie bereits die Umweltschutzorganisation Greenpeace in der vergangenen Woche.

Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castor-Behältern aus dem schon 1988 abgeschalteten Atomversuchsreaktor Jülich in die USA. Umweltschützer befürchten, dass auch die 303 Castoren aus Ahaus in die USA verschifft werden soll. Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, kündigte Harengerd an. Die Umweltschützer fordern, stattdessen ein modernes Zwischenlager zu errichten und den Atommüll in sicheren Materialien einzuschließen.

Die nordrhein-westfälische Atomaufsicht hatte angeordnet, Jülich zu räumen, weil es nicht als erdbebensicher gilt. Bis Ende September soll das Forschungszentrum ein Konzept zur Entfernung der strahlenden Kernbrennstoffe vorlegen.

Kölnische Rundschau

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

BUND erwägt Klage wegen Atommüll-Transporten aus NRW in die USA

Erstellt 22.09.2014

Der BUND erwägt ein Klage wegen Atommüll-Transporten. Foto: A. Endermann/Archiv

Düsseldorf. Im Streit um den möglichen Transport von Atommüll aus Nordrhein-Westfalen in die USA erwägt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Klage. Die Pläne verstießen gegen deutsches und europäisches Atomrecht, sagte Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd am Montag in Düsseldorf. Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castor-Behältern aus dem stillgelegten Atomversuchsreaktor Jülich in die USA. Umweltschützer befürchten, dass auch der Atommüll aus Ahaus in die USA verschifft werden soll. Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, kündigte Harengerd an. (dpa/lnw)

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

EmsdettenerVolkszeitung.de

Aus Ahaus und Jülich in die USA

BUND würde gegen Atommüll-Transporte klagen

DÜSSELDORF Im Streit um den möglichen Transport von Atommüll aus Nordrhein-Westfalen in die USA erwägt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Klage.

Empfehlen 0 g+1 0 Twittern 0

Wohin mit dem Atommüll aus Ahaus und Jülich? Foto dpa

Die Pläne verstießen gegen deutsches und europäisches Atomrecht, sagte Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd am Montag in Düsseldorf.

Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castor-Behältern aus dem stillgelegten Atomversuchsreaktor Jülich in die USA. Umweltschützer befürchten, dass auch der Atommüll aus Ahaus in die USA verschifft werden soll.

Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, kündigte Harengerd an.

Die Behörden müssten auf den Export von Atommüll nach South Carolina verzichten, forderte der US-Umweltaktivist Tom Clements am Montag in Düsseldorf. Zahlreiche Bürger in den USA seien dagegen, dass ihre Heimat zu einer „nuklearen Müllkippe" für Transporte aus Deutschland werde.

ZUM ARTIKEL

Erstellt: 22. September 2014, 12:37 Uhr
Aktualisiert: 22. September 2014, 12:50 Uhr

ANZEIGE

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

Koalition einigt sich auf Mietpreisbremse - Neubauten ausgenommen

Bundeswehr-Ausbilder für den Irak hängen in Bulgarien fest

Brandenburg-SPD entscheidet über künftigen Koalitionspartner

NSU-Prozess: Nahm Zschäpe den Tod ihrer Nachbarin in Kauf?

Özdemir ruft Grüne nach Asyl-Streit zu gegenseitigem Respekt auf

ANZEIGE
DriveNow

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

ONLINE FOCUS

Atom

BUND erwägt Klage wegen Atommüll-Transporten aus NRW in die USA

Montag, 22.09.2014, 11:52

dpa/A. EndermannDer BUND erwägt ein Klage wegen Atommüll-Transporten.

Im Streit um den möglichen Transport von Atommüll aus Nordrhein-Westfalen in die USA erwägt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Klage.

Die Pläne verstießen gegen deutsches und europäisches Atomrecht, sagte Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd am Montag in Düsseldorf. Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castor-Behältern aus dem stillgelegten Atomversuchsreaktor Jülich in die USA. Umweltschützer

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

befürchten, dass auch der Atommüll aus Ahaus in die USA verschifft werden soll. Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, kündigte Harengerd an.

© FOCUS Online 1996-2014

ZEIT ONLINE

AFP NEWSTICKER

DEUTSCHLAND

Atomgegner demonstrieren gegen Castor-Transport von Jülich in USA

Aktualisiert 22. September 2014 13:48 Uhr

Berlin (AFP) Atomgegner machen weiter Front gegen einen möglichen Rücktransport abgebrannter Brennelementkugeln aus dem Versuchsreaktor Jülich in die USA. In Berlin demonstrierten am Montag Atomkraftgegner am Rande einer Sitzung der Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe gegen die Exportpläne. Der nordrhein-westfälische Landesverband der Umweltorganisation BUND legte in Düsseldorf ein Gutachten vor, wonach ein solcher Atommüll-Export einen Verstoß gegen geltendes Recht darstellen würde.

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

WZ newsline
WESTDEUTSCHE ZEITUNG

BUND erwägt Klage wegen Atommüll-Transporten aus NRW in die USA

dpa

Fässer mit radioaktiven Abfällen auf dem Gelände des Forschungszentrums Jülich. Foto: Oliver Berg/Archiv

Düsseldorf (dpa). Im Streit um den möglichen Transport von Atommüll aus Nordrhein-Westfalen in die USA erwägt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Klage. Die Pläne verstießen gegen deutsches und europäisches Atomrecht, sagte Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd am Montag in Düsseldorf.

Zunächst geht es um den Abtransport von 152 Castor-Behältern aus dem stillgelegten Atomversuchsreaktor Jülich in die USA. Umweltschützer befürchten, dass auch der Atommüll aus Ahaus in die USA verschifft werden soll. Falls Bundes- und Landesregierung an ihren Plänen festhielten, wolle der BUND gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen vor deutschen Verwaltungsgerichten klagen, kündigte Harengerd an.

DERWESTEN

http://www.derwesten.de/politik/atomgegner-wollen-castor-stoppen-aimp-id9856464.html

Düsseldorf.

Atomgegner wollen Castor stoppen

23.09.2014 | 00:25 Uhr

Der mögliche Transport von Atommüll aus dem früheren Versuchsreaktor des Forschungszentrums Jülich in die USA stößt auf massiven Widerstand der Umweltschutzorganisation BUND. Die Pläne, 152 Castor-Behälter womöglich schon 2016 nach South Carolina zu bringen, verstoßen nach Einschätzung von BUND-Vorstand Michael Harengerd gegen deutsches und europäisches Atomrecht. Gemeinsam mit anderen Organisationen werde man versuchen, den Transport vor Gericht zu stoppen.

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

Laut Harengerd widerspricht die Entsorgung des Atommülls aus dem 1988 stillgelegten Versuchsreaktor Jülich auch dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen in NRW. Beide Parteien hatten vereinbart, die Castoren nur noch einmal zu einem – bislang weltweit gesuchten – Endlager zu transportieren. Der BUND fordert bis dahin den Bau eines modernen Zwischenlagers und den sicheren Einschluss des Atommülls.

Die NRW-Atomaufsicht hatte die weitere Lagerung des strahlenden Erbes in Jülich untersagt, weil der dortige Standort nicht erdbebensicher sei. Bundes- und Landesregierung hatten daraufhin im April mit dem US-Energieministerium eine Vereinbarung über die Abnahme des Atommülls getroffen.

http://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/aktuelle_stunde/videokompakt10736_size-L.html?autostart=true#banner

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel

http://rtl-now.rtl.de/rtl-west/thema-ua-wenn-sich-vollidioten-treffen.php?container_id=179326&player=1&season=0

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel